

DAS KONZEPT DER LEBENS SICHERHEIT IN EUROPA

WWW.ALTERNATIVE-EUROPA.DE
[#ALTEU!](https://twitter.com/ALTEU)

4 / 17

In Kooperation mit:

ÜBER DAS PROJEKT

Alternative Europa! ist ein gemeinschaftliches Projekt, das VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammenbringt. Es wurde vom Institut für Europäische Politik (IEP) zusammen mit dem Jungen Europawissenschaftlichen Netzwerk (JEN) des Europa-wissenschaftlichen Netzwerks Deutschland (END) und der Europäischen Akademie Otzenhausen (EAO) in enger

Zusammenarbeit mit Polis180 und den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) sowie European Horizons initiiert. Weitere Kooperationspartner sind der Arbeitskreis Europäische Integration (AEI), das Centre International de Formation Européenne (CIFE), das Projekt „TruLies: The Truth about Lies on Europe“, die Universität Hamburg und die Universität Hildesheim.

ÜBER DIE AUTOREN



Anne Bruch ist seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Georg-Eckert-Institut – Leibniz-Institut für Internationale Schulbuchforschung (Braunschweig). Dort ist sie als Koordinatorin für das DFG-Projekt „Der Lehrfilm in der Zwischenkriegszeit: Deutschland, Frankreich und Italien im Vergleich“ tätig. Sie hat Geschichte mit dem Schwerpunkt 19. und 20. Jahrhundert an den Universitäten Hamburg, Florenz, Oxford und Rom studiert.



Tatjana Kuhn ist Programmkoordinatorin des Promotionskollegs „The EU, Central Asia and the Southern Caucasus in the International System“ am Centre International de formation européenne (CIFE). Sie studierte Anglistik und Soziologie an der Universität Mannheim sowie Internationale Beziehungen an der Linköping University in Schweden. Vor ihrer Anstellung am CIFE war sie für die GIZ, das Goethe-Institut und das WZB tätig. Ihre Interessen liegen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit, Europäische Sozialpolitik, Beziehungen EU-Zentralasien und Poststrukturalismus.



Steffen Jäger ist Mitarbeiter im Projekt „Alternative Europa!“ am Institut für Europäische Politik (IEP). Nach seinem Bachelorstudium in Jena und Antwerpen studiert er nun im Master Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Neben dem Studium engagiert er sich für Bündnis 90/Die Grünen und ist Ko-Sprecher der AG Europa der Grünen in Pankow.

INHALTSVERZEICHNIS

Abstract	4
I. Einleitung	4
II. Theoretischer Hintergrund	5
III. Unsere Vision	6
IV. Handlungsempfehlungen	6
A. Handlungsempfehlungen im Bereich Umwelt	6
B. Handlungsempfehlungen im Bereich Soziale Rechte und Asylpolitik	9
C. Handlungsempfehlungen im Bereich Bildung	11
V. Zusammenfassung	12

ABSTRACT

Welche tieferen Ursachen haben die drängendsten Probleme in Europa und welche grundlegenden Veränderungen müssen erfolgen, damit Europa in Zukunft inklusiver, stabiler und lebenswerter wird? In unserer Arbeitsgruppe kamen wir zu dem Ergebnis, dass besonders die abendländische Menschenzentriertheit vielen Krisen (Wirtschaftskrise, Flüchtlingskrise, Identitätskrise) in Europa zugrunde liegt. Seit Beginn der europäischen Moderne und spätestens seit der Industrialisierung ist eine zunehmende Aneignung der Natur durch den Menschen zu beobachten. Mit dem Wandel der Produktionsweisen wurde sie zunehmend als Ressource begriffen und als solche ausgebeutet. Diese Hierarchie führt zur Zerstörung des Lebensraums verschiedener Arten und auch zum Dominanz- und Machtverhalten unter den Menschen.

Im vorliegenden Diskussionspapier skizzieren wir unsere Vision von einem inklusiven Europa, die auf dem Konzept der Lebenssicherheit basiert. Lebenssicherheit bedeutet für uns einen klaren Bruch mit dem Dualismus zwischen Mensch und Umwelt hin zu einer kreisförmigen Weltwahrnehmung jenseits der Menschenzentriertheit und Hierarchie. Uns geht es damit um nicht weniger als um einen Paradigmenwechsel. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir Handlungsempfehlungen in drei Politikfeldern erarbeitet 1.) Umwelt, 2.) soziale Rechte und Asyl und 3.) Bildung. Dabei stehen für uns v.a. Reformen in den Bereichen Klimapolitik, Grundsicherung und Bildungswesen im Vordergrund.

I. EINLEITUNG

Wie soll unser Europa in vierzig Jahren aussehen? Welche Werte möchten wir verwirklicht sehen und wie könnte die Europäische Union (EU) strukturiert sein? Welche konkreten Schritte können bereits jetzt eingeleitet werden, um die angestrebte Vision zu erreichen? An welchen positiven Beispielen aus anderen Ländern und neuen Konzepten können wir uns orientieren? Diese Ausgangsfragen haben wir uns im Rahmen des Projekts „Alternative Europa!“ gestellt und kamen zu dem Ergebnis, dass es uns vor allem um die Lebenssicherheit geht.

Mit dem Begriff Lebenssicherheit meinen wir das fundamentale Abrücken vom abendländisch geprägten Anthropozentrismus hin zur Einbeziehung aller Lebewesen und der Umwelt in das Verständnis von schützenswerten Leben. Diese Vision resultiert aus der Erkenntnis, dass viele Probleme, mit denen Europa heute konfrontiert ist – sei es die Flüchtlings-, Wirtschafts- oder Identitätskrise – im Kern auf eine ignorante und ausbeuterische Umgangsweise mit unserem Planeten, seinen Lebewesen und Ressourcen zurückzuführen sind. Die Beschäftigung in der Politik und Wissenschaft mit vorrangig den Menschen betreffenden Problemen verschleiert die Interdependen-

zen, die in unserem Ökosystem zwischen allen Lebewesen bestehen.

Ansätze einer ganzheitlichen Politik gibt es bereits in den Bereichen Naturschutz und Sicherung von Gesundheit und Lebensqualität der Menschen in der EU. Das siebte Umwelt-Aktionsprogramm (EAP) der Europäischen Kommission sieht beispielsweise vor, dass bis zum Jahr 2020 politische und finanzielle Bemühungen unternommen werden, die ökologische Widerstandsfähigkeit der Erde zu stärken, kohlenstoffarmes Wachstum anzukurbeln und die Gefahren für den Menschen, die durch Umweltverschmutzung, den Einsatz von Chemikalien und die Auswirkungen des Klimawandels entstehen, zu reduzieren (Europäische Kommission, 2014). Das Konzept der Lebenssicherheit kann dabei helfen, diese Ansätze auf der EU-Ebene zu identifizieren, zu bündeln und auszuweiten. In unserem Papier erläutern wir zunächst die Entwicklung des Sicherheitsbegriffs im Bereich der Internationalen Beziehungen und zeigen die Probleme bisheriger Sicherheitskonzepte auf. Als Nächstes stellen wir unsere Vision für Europa vor und erörtern anschließend unsere Handlungsempfehlungen an die Politik in den Bereichen

1.) Umwelt, 2.) soziale Rechte und Asyl und 3.) Bildung. Wir haben uns auf diese drei Politikfelder begrenzt, da sie unserer Einschätzung nach am relevantesten sind für einen

Bewusstseinswandel im Mensch-Umwelt-Verständnis. Zum Schluss fassen wir zusammen und geben einen Ausblick für die Zukunft.

II. THEORETISCHER HINTERGRUND

Der Begriff der Sicherheit ist in den Internationalen Beziehungen, aber auch im allgemeinen Verständnis im 20. Jahrhundert, stark mit der Idee der nationalen Sicherheit verknüpft gewesen (Krause und Williams, 1996). Vor allem innerhalb der realistischen Denkschule lag das Hauptaugenmerk der Sicherheitspolitik auf dem Schutz der nationalen Interessen, besonders der Staatsgrenzen durch u.a. militärische Macht. Der amerikanische Politikwissenschaftler Harold Lasswell beispielsweise beschrieb nationale Sicherheit in den 1950er Jahren durch die Linse drohender Gefahr von außen: „Der besondere Sinngehalt nationaler Sicherheit liegt in der Freiheit von äußerem Zwang“ (Lasswell, 1950). Liberale WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen ergänzten den Begriff in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert um u. a. ökonomische und Umweltaspekte.

Nach der Veröffentlichung eines Berichts des United Nations Development Programme (UNDP) im Jahr 1994 zur menschlichen Sicherheit gab es einen deutlichen Paradigmenwechsel. Referenzpunkt in dem Bericht ist nicht mehr der Staat, sondern der einzelne Mensch. Nun ging es darum, die wirtschaftliche Sicherheit, Ernährungssicherheit, gesundheitliche Sicherheit, Umweltsicherheit, persönliche Sicherheit, Sicherheit der Gemeinschaft sowie die politische Sicherheit des Menschen unabhängig von seinem Wohnort zu schützen (UNDP, 1994). Dieses erweiterte Verständnis von Sicherheit hat in der internationalen Politik große Beliebtheit erfahren und bildet heute die Grundlage für die Außenpolitik von u. a. Kanada, Japan und Norwegen (Donaghy, 2003)

Nach unserem Ermessen geht die Ausdehnung des Sicherheitsbegriffs durch die UNDP in die richtige Richtung, aber nicht weit genug. Unser Hauptkritikpunkt ist, dass der Blick darin ausschließlich auf den Menschen gerichtet ist und dadurch das dualistische Gefälle, das seit der Aufklärung zwischen der Natur auf der einen Seite und dem Menschen auf der anderen Seite (in der Hierarchie oben stehend) klafft, verstärkt wird. Diese künstliche Hierarchie führt zur Ausbeutung der Umwelt durch den Menschen, zur Zerstörung des Lebensraums verschiedenster Arten und v.a. auch zum Dominanz- und Machtverhalten unter den Menschen. Viele UmweltforscherInnen und ÖkofeministInnen haben bereits darauf hingewiesen, dass der Weg zu einer gerechteren und konfliktfreieren Gesellschaft beim Schutz der bedürftigsten Lebewesen und der Umwelt anfangen muss (Mellor, 1997; Weller/Hoffmann/Hofmeister, 1999; Nebelung/Poferl/Schultz, 2001; Weller, 2004; Bauhard, 2012).

III. UNSERE VISION

Das Europa, das wir uns in vierzig Jahren vorstellen, ist eine Wertegemeinschaft von Staaten, Regionen oder anderen politischen/sozialen Entitäten, die die Wahrung der Lebenssicherheit, also den Schutz allen Lebens auf der Erde (einschließlich der Pflanzen, Tiere und Menschen) als oberste Priorität begreift. In diesem Europa gibt es ein klares Verständnis für die Würde jedes Lebewesens und die Abhängigkeit und Wechselwirkung zwischen unbelebter und belebter Umwelt und dem Menschen. In diesem Europa gehören Dominanzstreben und Herrschaftsansprüche des Menschen über die Natur und über Mitmenschen der Vergangenheit an. Die BürgerInnen dieses interkulturellen und offenen Europas erkennen die Gleichheit und Einzigartigkeit jedes Individuums an, sodass Wettbewerbs- und Hierarchiegedanken in den Hintergrund treten.

Strukturell ist Europa in vierzig Jahren ein supranationaler Zusammenschluss souveräner europäischer Staaten, Regionen/Entitäten oder ein Bundesstaat der „Vereinigten Staaten von Europa“. Unabhängig von der neuen Struktur liegt bei diesem Zusammenschluss der Fokus auf ganzheitlicher Politik und Schutz des Lebens. Das Konzept der Lebenssicherheit durchzieht dabei als Querschnittsthema den exekutiven Unterbau der EU (Generaldirektionen oder neue administrative Einheiten) sowie sämtliche Politikbereiche in den europäischen Mitgliedstaaten bzw. -Regionen.

Auf juristischer Ebene ergeben sich aus dem Konzept der Lebenssicherheit spezifische Rechte für Lebewesen, die in einer neuen europäischen Verfassung verankert sind. Zum Rechtekanon zählt dabei u. a. das Recht, dass die biologischen und physiologischen Grundbedürfnisse jedes Lebewesens und damit ihr Überleben gesichert und dass sie vor physischer, sexueller, emotionaler, wirtschaftlicher, sozialer und psychologischer Gewalt geschützt sind. Das Konzept der Lebenssicherheit sieht außerdem vor, dass auch soziale Rechte gesichert und soziale Grundbedürfnisse gedeckt werden, sodass ein Maximum an sozialer Inklusion und ein Minimum an Diskriminierung garantiert werden kann.

Unsere Vision von holistischem Denken in Europa ist nicht nur normativ begründet, sondern spiegelt auch die neuen Erkenntnisse der Biologie und der Umweltwissenschaften wieder. Dass der Mensch nur ein Glied in einer langen Kette auf der Welt existierender Lebewesen ist, zeigt sich z. B. daran, dass die Gene der Maus und die des Menschen zu 95 % identisch sind (Waterston et al., 2002). Außerdem können wir die Interdependenzen zwischen Mensch und Natur durch die menschenverursachte Klimaerwärmung und die daraus resultierenden Überschwemmungen, Dürren, Wirbelstürme und anderen Wetterextreme beobachten. Diese Beobachtungen führen uns zur Einsicht, dass ein holistischer Politikansatz ein notwendiges Ziel für die Zukunft Europas sein muss.

IV. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

A. Handlungsempfehlungen im Bereich Umwelt

Auf dem Weg zur Lebenssicherheit in Europa und weltweit müssen wir uns besonders dem Bereich Umwelt zuwenden. Die ökologische Umwelt umfasst die Gesamtheit aller direkt und indirekt wirkenden Zustandsgrößen, wie z. B. Temperatur oder Bestandteile der Atmosphäre, aber auch wechselseitig wirkende Einflüsse von Lebewesen aufeinander in einem (Umwelt)System (Spektrum,

2001). Die Stabilität dieses Systems gerät derzeit durch die vom Menschen verursachten Umweltprobleme immer mehr ins Wanken und bedroht damit das Überleben von Mensch, Tier und Pflanze. Die größten Probleme sehen wir in den drei folgenden Bereichen:

- Klimawandel
- Zunehmender Ressourcenmangel
- Artenschwund

Im Folgenden werden die drei Probleme skizziert und unsere Lösungsvorschläge formuliert. Da es beim Konzept der Lebenssicherheit nicht durch um das bloße Überleben auf dem Planeten Erde, sondern auch um ein würdiges Leben für alle Lebewesen geht, schließen wir diesen Teil mit Forderungen im Bereich der Tierrechte ab.

Der Klimawandel ist ein Prozess, der durch stetigen Temperaturanstieg in der Atmosphäre weltweit Extremwetterphänomene bzw. ihre Häufung und Intensivierung zur Folge hat. Die Ursachen für den Klimawandel werden von WissenschaftlerInnen mittlerweile fast einstimmig den Handlungen von Menschen zugeschrieben. Der starke Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) und weiteren von Menschen in die Atmosphäre geblasenen Abgasen ist eine der Hauptursachen für den Treibhauseffekt (Arens, 2013). Kurzfristige Folgen des Treibhauseffekts sind weltweite Hochwasser, (Wirbel)Stürme, Hurrikane oder Hitzewellen; längerfristige Folgen sind die Desertifikation sowie der Anstieg des Meeresspiegels. Diese Phänomene haben verheerende Auswirkungen für Pflanze, Tier und Mensch. Mit der Zerstörung des ökologischen Lebensraums gehen Vertreibung, Armut, Krankheiten und Traumata einher.

Ein weiteres, wesentliches Problem ist der zunehmende Mangel an natürlichen Ressourcen. Hierbei wird unterschieden zwischen erneuerbaren Ressourcen wie Luft, Wasser oder Böden und nicht erneuerbaren Ressourcen wie mineralischen Rohstoffen und fossilen Energieträgern. Von besonderer Bedeutung sind die erneuerbaren Ressourcen, da sie die Grundvoraussetzung für alles Leben auf der Erde darstellen und derzeit viel stärker durch Verschmutzung bedroht sind, als sie sich regenerieren können. So führt die Verschmutzung der Luft durch (Ab)Gase und Mikropartikel zu massiven gesundheitlichen Einschränkungen aller Lebewesen und ist nachweislich Ursache für Millionen von toten Menschen weltweit (WHO, 2016).

Auch die Gewässer werden zunehmend durch den Menschen verschmutzt, beispielsweise durch ungeklärte Industrieabwässer, Plastikmüll oder durch eine steigenden Nitratbelastung des Grundwassers aufgrund der Intensivierung von Monokulturen. Neben den unmittelbaren

Folgen für die in Gewässern lebenden Lebewesen sind die Langzeitfolgen für den Menschen noch nicht absehbar. Allerdings dürften die gesundheitlichen Folgen von Mikroplastik, das seinen Weg in die Nahrungskette findet und im menschlichen Organismus verbleibt, oder von multiresistenten Keimen durch ungeklärte Abwässer bei der Antibiotika-Herstellung als dramatisch angesehen werden (Westerhaus, 2017). Neben dem Mangel an sauberem Trinkwasser gibt es darüber hinaus in einigen Regionen einen zunehmenden generellen Wassermangel. Dieser ist in der Regel auf eine fortschreitende Desertifikation, wachsende Urbanisierung oder intensivierte Landwirtschaft zurückzuführen.

Die Ressource Boden ist ebenso stark bedroht: Raubbau an Wäldern und an in der Erde liegenden Mineralien, Erosion, fortschreitende Zersiedelung, Entzug von Nährstoffen durch intensive, vornehmlich monokulturbasierte Landwirtschaft stellen große Probleme dar. Land-Grabbing in Afrika ist eine der Folgen. Dabei kaufen bzw. pachten Firmen oder Staaten fruchtbares Land von Regierungen, nutzen es für ihre Zwecke und zerstören somit die Lebensgrundlage der in den Ländern lebenden Menschen und Tiere (Deutsche Welle, 2012)

Das dritte große Umweltproblem ist der Artenschwund. Es wird unterschieden zwischen dem Rückgang biologischer Vielfalt innerhalb einer Population und dem Aussterben ganzer Spezies, also dem Artensterben. Schätzungen zufolge gibt es zwischen 5 Millionen und 100 Millionen Arten von Pflanzen, Tieren, Pilzen und Bakterien, wobei bisher lediglich ca. 2 Millionen erforscht wurden (Umweltinstitut München, 2017). In einem Artikel des Fachmagazins „Science“ gehen die Autoren davon aus, dass jedes Jahr zwischen 11.000 und 55.000 Arten komplett aussterben – Populationsverluste nicht mit eingerechnet (Dirzo/Young/Galetti et al, 2014). In Deutschland wurde dieses Jahr ein verheerender Rückgang von 75% der gesamten Fluginsekten innerhalb der letzten 27 Jahre nachgewiesen (Hallmann et al, 2017). Als Hauptverursacher für den Artenschwund wird v.a. die industrielle Landwirtschaft, aber auch die fortschreitende Zersiedelung und der Klimawandel genannt (Umweltinstitut München, 2017).

Zuletzt kommen wir zu einem Punkt, der in der Gesellschaft kontrovers diskutiert wird: den Tierrechten. Ein grundlegender Aspekt der Lebenssicherheit ist die Auflösung der Menschenzentriertheit und die Anerkennung allen Lebens als schützenswert und würdig, auch das der Tiere. Das Leiden der Tiere durch Massentierhaltung, Tierversuche und Haltung in Zoos und Zirkussen in Europa und weltweit ist ein Skandal und nimmt in der Wahrnehmung der Menschen keine genügend bedeutende Rolle ein. Rinder, Schweine, Hühner, Puten, Enten, Gänse und andere Tiere müssen täglich die Torturen von Zucht, Haltung, Transport und Schlachtung ertragen. Affen, Katzen, Hunde, Kaninchen und vor allem Mäuse und Ratten werden in oft schmerzhaften Experimenten gequält. Hinzu kommen artwidrig gehaltene Haus- und Wildtiere in Privathaushalten, in Zoo und Zirkus, „Pelztiere“ und unzählige Tiere, die jährlich Opfer der Jagd werden.

Um den hier angesprochenen nationalen und internationalen Problemen zu begegnen, die die Lebenssicherheit bedrohen, stellen wir nachfolgende Handlungsempfehlungen auf. Wir befürworten ausdrücklich, dass das 2-Grad-Ziel des Pariser Abkommens, die Klimaziele der Europäischen Union sowie die europäischen Luftqualitätsstandards (Umweltbundesamt, 2014) eingehalten werden und dementsprechend alles für ihre Umsetzung Notwendige in die Wege geleitet wird. Dazu zählen im Bereich der Energieversorgung auf der einen Seite der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien – und mit diesen der Ausbau dezentraler Energiesysteme, aber auch der (Fern)Stromleitungen. Außerdem setzen wir ein sofortiges Ende der Kohle- und Atomstrom-Subventionierungen in der jetzigen Form als Ziel. Darüber hinaus halten wir die stufenweise Abschaltung aller Kohlekraftwerke bis 2030 und ein Ende der Verbrennung von fossilen Energieträgern bis 2050 für ein sinnvolles Ziel.

Im Bereich der Mobilität soll mittelfristig der Individualverkehr umweltfreundlicher gestaltet und gefördert werden. So ist innerhalb von Ortschaften vor allem in die Infrastruktur für FußgängerInnen und RadfahrerInnen zu investieren. Beim motorisierten (Individual-)Verkehr streben wir einen Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger bis spätestens 2050 an. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist, insbesondere in den

stark wachsenden Ballungsgebieten, weiter auszubauen und weitestgehend zu elektrifizieren sowie Angebote im Bereich des Car- bzw. Bikesharing weiter zu fördern.

Auch in der Landwirtschaft sehen wir Reformen, die den Klimawandel, die Ressourcenverschwendung und den Artenschutz betreffen, als unmittelbar notwendig an und unterstützen nachdrücklich ihre Umsetzung. So sollen Agrarsubventionen neu geordnet und nicht mehr nach reiner Produktionsfläche vergeben werden. Gefördert werden sollen vor allem ökologische und kleinbäuerliche Strukturen, deren Produktion auf die lokalen und regionalen Märkte abzielt. Hiermit soll der Kreislauf aus Monokulturen, extensiver Massentierhaltung sowie Dünge- und Pestizidanwendungen durchbrochen werden, der schädliche Auswirkungen auf den Klimawandel und die Umwelt hat (z. B. durch belastete Böden und das Grundwasser).

Schließlich halten wir es für notwendig, Richtlinien bzw. eine Konvention zu achtsamen Umgang mit allem Leben (Mensch, Tier, Pflanze) durch die Generaldirektion Umwelt auszuarbeiten. Basierend darauf können Schritte zu artgerechter Tierhaltung und schonendem Umgang mit der belebten Umwelt einfacher umgesetzt werden. Ein wichtiger Schritt wäre die Aufnahme von Tierrechten und Umweltschutz in eine EU-Verfassung nach dem Beispiel der Schweizer Verfassung. Darin ist der „Schutz der Tier- und Pflanzenwelt und zur Erhaltung ihrer Lebensräume in der natürlichen Vielfalt“ unter Art. 78, 4 verankert (Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 2000). Die Verrechtlichung des Tier- und Umweltschutzes halten wir für außerordentlich wichtig, da sie nicht nur eine Grundlage für gemeinsame Standards in allen europäischen Staaten im Bereich Tierhaltung, Tierversuchen etc. schaffen würde, sondern auch einen langfristigen Bewusstseins- und Wertewandel in Europa anstoßen könnte.

B. Handlungsempfehlungen im Bereich soziale Rechte und Asylpolitik

Soziale Rechte

Das Konzept der Lebenssicherheit steht in direktem Zusammenhang mit den sozialen Rechten der Menschen in Europa. Mit sozialen Rechten meinen wir u. a. das Recht auf staatliche Grundsicherung, das Recht auf soziale Fürsorge samt Alters-, Unfall-, Kranken-, Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Mutterschaftssicherung, das Recht auf Bildung, Erziehung, Berufsausbildung und Berufsberatung, das Recht auf Teilnahme am kulturellen Leben, das Recht auf Gesundheitsfürsorge, das Recht auf Wohnung, das Recht auf Erholung und Freizeit, das Recht auf eine nicht verschmutzte Umwelt und das Recht auf Nichtdiskriminierung.

Viele dieser Grundrechte werden Europa derzeit nicht eingehalten. Die Jugendarbeitslosigkeit in der EU ist extrem hoch – in Ländern wie Spanien und Griechenland liegt sie bei 40 Prozent bzw. 38 Prozent (Statista, 2017). Dabei ist die Arbeitslosenversicherung in beispielsweise südeuropäischen Ländern zeitlich begrenzt (häufig auf 1–2 Jahre), sodass sich viele Menschen gezwungen sehen, in wirtschaftlich stärkeren Ländern Arbeit zu suchen. Frauen verdienen in Europa ca. 17 Prozent weniger als Männer, gehen häufiger Teilzeitarbeit nach und leisten nach wie vor den Großteil unbezahlter Haus- und Pflegearbeit (Eurostat, 2017a). Sowohl das Pensions- als auch Gesundheitssystem stehen unter immensem Druck, da die Gesellschaft in Europa altert und im Jahr 2030 die älteste Bevölkerung auf der Welt haben wird (mittleres Alter: 45). Die Haushalte schrumpfen stetig, sodass ein größeres Risiko für Verarmung bei Arbeitsverlust besteht. Voraussichtlich wird die Hälfte aller heutigen Jobs in Zukunft automatisiert werden, was geringqualifizierte Personen, die bereits heute unter prekären Arbeitsverhältnissen leiden, außer Lohn und Brot bringen wird.

Die heutigen nationalstaatlichen Sozialsysteme sind nicht in der Lage, den BürgerInnen einen effektiven Schutz vor Armut zu bieten. Angesichts dieser großen Herausforderung gilt es, aus alten Denkmustern auszubrechen, neue

Grundprämissen für das gesellschaftliche Leben aufzustellen und neue Wege in der Politik zu gehen. Unserer Meinung nach, ist das Prinzip der Lebenssicherheit ein erster Ansatz in Richtung einer neuen holistischen, humanistischen und gerechten Sozialpolitik.

Der Weg dorthin fängt bei institutionellen Änderungen an. Momentan ist die EU keine Sozialgemeinschaft, sondern „lediglich“ eine Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft. Soziale und sozialpolitische Ziele sind mit fortschreitender europäischer Integration in die Gemeinschaftsverträge aufgenommen worden, sind jedoch sehr allgemein gehalten. Gemeinschaftsrechtliche Zuständigkeiten der EU sind auf wenige Politikfelder beschränkt. Dabei geht es v. a. um wirtschaftliche Grundfreiheiten wie freier Warenverkehr, Dienstleistungsfreiheit, freier Kapital- und Zahlungsverkehr, Arbeitnehmerfreizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und der Schutz vor Wettbewerbsbeschränkungen (Bäcker / Kistler, 2016).

Um das Konzept der Lebenssicherheit umzusetzen, sollte die EU ihre soziale Dimension vertiefen und sich am Ende dieses Prozesses zu einer Sozialunion entwickeln. Ziel der Sozialunion wäre, die soziale Gerechtigkeit und Inklusion für alle EuropäerInnen – vom Kindes- bis ins Rentenalter – zu verbessern. Diese Sozialunion würde Mindeststandards in allen sozialen Bereichen entwickeln, dazu gehören sowohl ein europaweiter Mindestlohn als auch eine finanzielle Grundsicherung.

Hinsichtlich des Mindeststandards gibt es mehrere Ansätze. Ein solcher Ansatz ist nach Bracke et al. (2012) die Mindestsicherung in Europa, die eine „steuerfinanzierte staatliche Sozialleistung, die allen BürgerInnen im Bedarfsfall unabhängig von Beitragszahlungen ein Minimum an materiellen Ressourcen garantiert, sofern alternative Einkommensquellen ganz oder teilweise erschöpft sind und/oder nicht ausreichen, um dieses Minimum zu decken“. Dieses Konzept würde ein europaweites soziales Auffangnetz bieten.

Wir schließen uns den Autoren an und fordern eine Mindestsicherung, die 60% des nationalen äquivalenzgewichteten Medianeinkommen beträgt, und sehen diese als wichtigen Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusam-

menhalts und des sozialen Friedens in Europa. Dieser Ansatz würde den unterschiedlichen Wirtschaftsleistungen der EU-Länder Rechnung tragen und gleichzeitig Rechts-sicherheit für länderübergreifende Arbeitsverhältnisse schaffen. Diese Mindeststandards in der EU sollten rechtlich einklagbar sein.

Asylpolitik

Ein weiterer Bereich, den das Konzept der Lebens-sicherheit direkt betrifft, ist Migration und Asyl. Für einen großen Menschenkreis auf der Welt ist die Lebens-sicherheit nicht gegeben, sodass sie sich auf den Weg in politisch und wirtschaftlich stabilere Länder machen müssen. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks UNHCR (2017) waren Ende 2016 insgesamt 67,6 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Neun von zehn Flüchtlingen leben in Entwicklungs-ländern. Anders als in der EU wahrgenommen sind es Staa-ten wie Jordanien, Libanon oder die Türkei, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen. „Lediglich“ 1,3 Millionen Flüchtlinge haben jeweils in den Jahren 2015 und 2016 einen Asyl-antrag in einem EU-Land gestellt (Eurostat, 2017b).

Wir möchten in der Zukunft in einem Europa leben, die eine gerechte und effektive Asylpolitik betreibt und Personen auf der Flucht, die nicht nur alles verloren haben, sondern häufig stark traumatisiert sind, eine Möglichkeit auf ein menschenwürdiges Leben gewährt. Diese Solidarität sollte nicht zuletzt auf der Einsicht ba-sieren, dass Industrienationen aufgrund globalisierter Wirtschafts- und Finanzsysteme in großem Maße zu den labilen Verhältnissen vieler Entwicklungsländer bei-getragen haben.

Die heutigen Migrations-, Asyl- und Integrationssys-teme in den EU-Staaten, die eher auf Abschottung und Fluchtverhinderung zielen, sind angesichts zukünftiger Migrationsbewegungen, die durch zunehmende globale Herausforderungen und Veränderungen wie dem Klima-wandel, Ressourcenmangel sowie instabilen politischen Systemen ausgelöst werden, kaum zukunftsfähig. Die Vision von Lebens-sicherheit und Inklusion erfordert ein Denken über Nationalstaaten und die europäische Enti-tät hinaus.

Unserer Einschätzung nach braucht die EU neben einem stärkeren Fokus auf Fluchtursachenbekämpfung eine gemeinsame europäische Migrationspolitik sowie ein voll-harmonisiertes Asylsystem mit verbindlichen gemeinsa-men Standards zum Recht auf Asyl. Dabei darf keine Form der Migration bzw. Route illegalisiert oder als Straftat-bestand betrachtet werden. Die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Europäischen Menschen-rechtskonvention muss gewährleistet sein.

Asylverfahren sollten im Rahmen neu geschaffener EU-Strukturen einheitlich bearbeitet werden. D. h. auch, dass die Anerkennung eines subsidiären Schutzstatus abgeschafft und sofort die Flüchtlingseigenschaft einer Person identifiziert und auf gemeinsamen Standards an-erkannt werden muss, damit einer international schutz-bedürftigen Person keine Abschiebung bzw. Rückführung in den Drittstaat oder das Herkunftsland droht. Generell müssen Konzepte des „ersten Asylstaates“ und des „siche-ren Drittstaates“ abgeschafft werden, da sie Länder um-fassen, in denen gegen Menschenrechte und rechtsstaat-liche Prinzipien verstoßen wird.

In diesem Zusammenhang gilt es auch Tiere zu schützen, die unter Folgen von Kriegen oder Naturkatastrophen leiden. Diesem Leiden wird in der Berichterstattung kaum Beachtung geschenkt. Es müssen Strukturen geschaffen bzw. unterstützt werden, die Tieren in Krisengebieten ein artgerechtes Weiterleben ermöglichen. Gerade Tiere in Gefangenschaft oder ohne Fluchtmöglichkeiten müs-sen mit Nahrung und Erster Hilfe versorgt und in sichere Unterkünfte verlagert werden können. Hierzu können die Erfahrungen von Organisationen wie dem WWF oder Greenpeace herangezogen werden.

C. Handlungsempfehlungen im Bereich Bildung

Bildung ist eines der wichtigsten Elemente, um das Konzept der Lebenssicherheit stärker im Bewusstsein der BürgerInnen zu verankern und nachhaltige Veränderungen herbeizuführen. In diesem Zusammenhang kann eine auf die Lebenssicherheit ausgerichtete Bildungspolitik in der EU – in Anlehnung an den jüngst von der UNESCO veröffentlichten *Global Education Monitoring Report* – wichtige Schritte auf diesem Weg einleiten (UNESCO, 2017). Dabei handelt es sich um einen Ansatz, der Bildung und Erziehung für nachhaltigen Frieden als Aufgabe der europäischen Gesellschaft sieht und diese mit Bürgerrechten verbindet (Jäger, 2016). Ziel ist es dabei, dass sich die BürgerInnen mit den politischen, sozialen und gesellschaftlichen Zielen der EU identifizieren können und sich der Geschichte, warum und wie sich die europäische Integration ereignet hat, bewusst sind.

Wesentlich ist, dass Themen, die mit dem Konzept der Lebenssicherheit verbunden sind, umfassend in den primären und sekundären Bildungsbereich integriert werden. Dies ermöglicht einen Unterricht in den sinnbildenden Fächern (wie bspw. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Geographie und Ethik), der verschiedene Themenfelder vernetzt und ihre Interdependenzen für die Lernenden deutlich macht. Gleichzeitig fördert dieser Ansatz die Identifikation der SchülerInnen mit der Europa. Statt „technokratischer“ Lehrinhalte, die sich nur auf eine Institutionenlehre sowie knappe historische Kontextualisierung der europäischen Nachkriegsgeschichte konzentrieren, werden durch den Aufgabenkreis der Lebenssicherheit fast alle Bereiche des politischen und sozialen Zusammenlebens aufgegriffen und mit der Idee der europäischen Integration verknüpft.

„Europa“ ist damit nicht mehr eine abstrakte Entität, sondern hat eine konkrete gesellschaftliche Gestaltungskraft, die es ermöglicht, dass SchülerInnen zu mündigen BürgerInnen Europas ausgebildet werden. Eine in diesem Sinne konzipierte europäische Bildungspolitik kann nicht nur ein größeres Interesse an EU-Angelegenheiten und ein Gefühl von Verständnis und Zugehörigkeit schaffen, sondern auch gleichzeitig zur Bekämpfung sozialer

Spaltung und kultureller Segregation beitragen sowie das Verständnis für das Konzept der ganzheitlichen Lebenssicherheit unterstützen.

In diesem Zusammenhang schlagen wir vor, dass die Prinzipien der Nachhaltigkeit und Lebenssicherheit umfassend in die nationalen Bildungssysteme integriert werden und diesbezüglich ein europäischer Aktionsplan definiert wird. Darüber hinaus empfiehlt es sich, den Schulunterricht auf fachübergreifende Themen, der die Spezifika der Europäischen Integration mit den Konzepten der nachhaltigen Entwicklung und Friedenserziehung verbindet, auszurichten. Dazu gehört die Umsetzung diskursgeleiteter statt lehrerzentrierter Methoden in den Unterricht auf der Grundlage des Beutelsbacher Konsenses, die es den SchülerInnen ermöglichen, die Analyse und Bewertung von Entwicklungsprozessen mit ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Aspekten durchzuführen (Bundeszentrale für politische Bildung, 2011).

Ebenso gilt es, transnationale Initiativen zu fördern, die den gemeinsamen Austausch von LehrerInnen und SchülerInnen sowie DozentInnen und StudentInnen unterstützen. Diese Möglichkeiten sollen auch im Rahmen der LehrerInnenaus- und Weiterbildung zur Verfügung stehen. Darüber hinaus empfehlen wir eine stärkere internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Lehrplanarbeit und Schulbuchforschung, sodass Themen, die national kontrovers behandelt werden, mit einem multiperspektivischen Ansatz aufgearbeitet werden können. Dies kann über bilaterale bzw. auf europäischer Ebene organisierte Schulbuchkommissionen und durch internationalen Austausch zwischen BildungsexpertInnen und Schulbuchredaktionen erfolgen (wie z. B. im Bereich der deutsch-polnischen Geschichte oder bei gemeinsam erarbeiteten Unterrichtseinheiten zu den Themen Holocaust und Genozid, europäische Integration und Kalter Krieg sowie Grenzen in Europa).

V. ZUSAMMENFASSUNG

In diesem Papier haben wir unsere Vision von einem inklusiven Europa aufgezeigt, die auf dem Konzept der Lebenssicherheit basiert. Lebenssicherheit bedeutet für uns einen klaren Bruch mit dem Dualismus zwischen Mensch und Umwelt hin zu einer kreisförmigen Weltwahrnehmung jenseits der Menschenzentriertheit und Hierarchie. Uns geht es damit um nicht weniger als um einen Paradigmenwechsel, denn sowohl dem traditionellen nationalen Sicherheitskonzept als auch dem von der UNDP eingeführten Konzept der menschlichen Sicherheit liegt das Mensch-Natur-Gefälle zugrunde. Um zu verstehen, dass anthropozentristische Denkmuster nicht selbstverständlich sind, hilft ein Blick in die Philosophien anderer Völker und Kulturkreise, die damit hadern, nachzuvollziehen, wie Menschen der westlichen Welt dermaßen schonungslos mit ihren Mitgeschöpfen und ihrer Lebensgrundlage umgehen können. Europa hat in der Geschichte oft eine Vorreiterrolle eingenommen, dabei allerdings nicht immer die besten Werte in die Welt getragen. Wenn sie sich die Lebenssicherheit zum Ziel setzt, kann sie wieder mit gutem Beispiel vorangehen.

Wie der Weg dorthin aussehen kann, haben wir in diesem Papier anhand von drei folgenden Politikfeldern aufgezeigt: 1.) Umwelt, 2.) soziale Rechte und Asyl und 3.) Bildung. Im Umweltbereich zeigen sich die heutigen Probleme besonders im Klimawandel, zunehmendem Ressourcenmangel und dem Artenschwund. Diese Probleme können durch eine konsequente Umsetzung der Klimaziele, den stufenweisen Kohleausstieg sowie den Ausbau erneuerbarer Energien und Mobilitätskonzepte angegangen werden. Dazu gehören auch Reformen in der Landwirtschaft und die Aufnahme von Tierrechten und Umweltschutz in ein europäisches Regelwerk.

Lebenssicherheit bedeutet gleichzeitig Wahrung der Rechte der BürgerInnen in Europa. Dies schließt nicht nur eine finanzielle Grundsicherung ein, die das Überleben ermöglicht, sondern auch politische und soziale Rechte, die vor Ungleichheit und Diskriminierung schützen und Fürsorge und Bildung gewährleisten. Im Rahmen einer Sozialunion könnten Ungleichheiten reduziert und die Lebenszufriedenheit der Menschen in Europa angehoben werden. Hiermit eng verbunden ist unsere Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik sowie einem vollharmonisierten Asylsystem mit verbindlichen gemeinsamen Standards zum Recht auf Asyl (basierend auf Genfer Flüchtlingskonvention, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Europäischen Menschenrechtskonvention).

Schließlich sehen wir in einer Neugestaltung der europäischen Bildungspolitik einen wichtigen Ansatz, um das Konzept der Lebenssicherheit einzuführen und es mit nachhaltiger Friedenserziehung zu verbinden. Hier streben wir die Ausarbeitung eines europäischen Aktionsplans an, der die Integration von Themen wie Nachhaltigkeit, Lebenssicherheit und holistischem Denken in die nationalen Bildungssysteme zum Ziel hat. Gleichzeitig soll diskursgeleiteter statt lehrerzentrierter Unterricht auf der Grundlage des Beutelsbacher Konsenses gefördert werden. Transnationale Initiativen, die den gemeinsamen Austausch von LehrerInnen und SchülerInnen sowie DozentInnen und StudentInnen europaweit und innerhalb einzelner Länder und Regionen unterstützen, halten wir ebenfalls für sinnvoll.

Literatur

- Arens, Christof.** (2013). Ein Problem, viele Verursacher. Bundeszentrale für politische Bildung, Ursachen und Folgen, <https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/klimawandel/38474/industrie-und-entwicklungslaender>, [19.11.2017].
- Bäcker, Gerhard / Kistler, Ernst.** (2016). Die EU: Wirtschaftsunion – aber keine Sozialunion. Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/223640/die-rolle-der-eu>, [19.11.2017].
- Bauhard, Christine.** (2012). Feministische Ökonomie, Ökofeminismus und Queer Ecologies – feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse. Berlin: Gender Politik Online.
- Bracke, Maximilian / Neumann, Frieder / Pohlig, Matthias et al.** (2012). Eine Mindestsicherung für Europa. Heinrich-Böll-Stiftung, <https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-mindestsicherung-europa-soziale-inklusion-14972.html>, [19.11.2017].
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales.** (2016. 2. Auflage). Sozialkompass Europa: Soziale Sicherheit im Vergleich. Begleittexte zur Datenbank.
- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft.** Beschluss 18. Dezember 1998, Inkrafttreten 1. Januar 2000, <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/201702120000/101.pdf>, [19.11.2017].
- Bundeszentrale für politische Bildung.** (2011). Beutelsbacher Konsens, <https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>, [19.11.2017].
- Deutsche Welle.** (2012). DW Nachrichten. Landraub in Kenia, <http://p.dw.com/p/14u2m>, [19.11.2017].
- Dirzo, Rodolfo / Young, Hillary S. / Galetti, Mauro / et al.** (2014). Defaunation in the Anthropocene. *Science*, 345, 401: 401–406.
- Donaghy, Greg.** (2003). All God’s Children: Lloyd Axworthy, Human Security and Canadian Foreign Policy, 1996–2000. *Canadian Foreign Policy*, 10 (2): 39–58.
- Europäische Kommission.** (2014). Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten: Das 7. UAP – ein allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union für die Zeit bis 2020.
- Europäische Kommission.** (2017). Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas, https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-social-dimension-europe_de.pdf, [19.11.2017].
- Eurostat.** (2017a). The Life of Women and Men in Europe: A Statistical Portrait, <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/5637301/KS-43-02-680-EN.PDF/d7e89517-fde1-4402-bd55-51fca825f563>, [19.11.2017].
- Eurostat.** (2017b). Statistiken über Asyl, http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_statistics/de, [19.11.2017].
- Hallmann, Caspar / Sorg, Martin / Jongejans, Eelke et al.** (2017). More than 75 Percent Decline over 27 Years in Total Flying Insect Biomass in Protected Areas. *PLoS ONE*12(10): e0185809, <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0185809>, [19.11.2017].
- Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen.** (2006). UNHCR Statistics – The World in Numbers, <http://popstats.unhcr.org/en/overview>, [19.11.2017].

- Jäger, Uli.** (2016). Bildungsarbeit und Friedenserziehung in Post-Konfliktgesellschaften. Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54765/bildungsarbeit-und-friedenserziehung>, [19.11.2017].
- Krause, Keith / Williams, Michael.** (1996). Broadening the Agenda of Security Studies: Politics and Methods. *Mershon International Studies Review*, 40 / 2, 229–254.
- Mellor, Mary.** (1997). *Feminism and Ecology*. New York: New York University Press.
- Nebelung, Andreas / Pofert, Angelika / Schultz, Irmgard (Hg.).** (2001). *Geschlechterverhältnisse – Naturverhältnisse. Feministische Auseinandersetzungen und Perspektiven der Umweltsoziologie*. Opladen: Leske & Budrich
- Romm, Joseph J.** (1993). *Defining National Security. The Nonmilitary Aspects*. Pew Project on America's Task in a Changed World (Pew Project Series). Council on Foreign Relations: 122.
- Schraad-Tischler, Daniel / Schiller, Christof.** (2016). *Soziale Gerechtigkeit in der EU – Index Report 2016*. Social Inclusion Monitor Europe. Bertelsmann Stiftung.
- Spektrum. Lexikon der Geographie.** (2001). Umwelt / Ökofaktoren, <http://www.spektrum.de/lexikon/geographie/umwelt/8400>, <http://www.spektrum.de/lexikon/geographie/oekofaktoren/5629>, [19.11.2017].
- Statista.** (2017). Europäische Union: Arbeitslosenquoten in den Mitgliedsstaaten im September 2017, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/160142/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-eu-laendern/>, [19.11.2017].
- Umweltbundesamt.** (2014). Luftreinhaltung in der EU, <http://www.umweltbundesamt.de/themen/luft/regelungen-strategien/luftreinhaltung-in-der-eu#text-part-1>, [19.11.2017].
- Umweltinstitut München.** (2017): Das große Sterben. Wie die industrielle Landwirtschaft die Artenvielfalt vernichtet, <http://www.umweltinstitut.org/themen/landwirtschaft/artensterben.html>, [19.11.2017].
- UNESCO.** (2017). *Global Education Monitoring Report 2016. Peace: Building Sustainable Peace and Global Citizenship Through Education*. <http://unesdoc.unesco.org/images/0024/002474/247430E.pdf>, [19.11.2017].
- Waterston, Robert H. et al.** (2002). *Nature*, 420.
- Weller, Ines / Hoffmann, Esther / Hofmeister, Sabine (Hg.).** (1999). *Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven – Alte Blockaden*. Bielefeld: Kleine.
- Weller, Ines.** (2004). *Nachhaltigkeit und Gender. Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten*. München: ökom.
- Westerhaus, Christine.** (2017). Antibiotikaresistenz. Mehr Krankheitsfälle, erhöhte Sterblichkeit, http://www.deutschlandfunk.de/antibiotikaresistenz-mehr-krankheitsfaelle-erhoehte.676.de.html?dram%3Aarticle_id=400932, [19.11.2017].
- WHO. Weltgesundheitsorganisation.** (2016). *Ambient Air Pollution. A Global Assessment of Exposure and Burden of Disease*, <http://www.euro.who.int/de/health-topics/environment-and-health/air-quality/news/news/2016/09/release-of-who-data-on-air-pollution-exposure-and-its-health-impact-by-country>, [19.11.2017].

IMPRESSUM

Herausgeber Prof. Dr. Mathias Jopp, IEP

Redaktion Richard Steinberg, Universität Hamburg / IEP

Jana Schubert, IEP

Gestaltung Anna Schoida, handsinthesea.com

Institut für Europäische Politik e. V.

Bundesallee 23

10717 Berlin

info@iep-berlin.de

www.iep-berlin.de

Gefördert durch:

ASKO EUROPA STIFTUNG



Auswärtiges Amt



Otto Wolff Stiftung